

Bezugspreis
für Halle monatlich bei postmässiger
Zustellung 40 Mark, vierteljährlich
120 Mark, durch die Post 4.50 Mark
zusätzlich. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. In
postamtlichen Angelegenheiten unter
am liebsten Zeitungsangelegenheiten
Sonderbefragungen. Für un-
entgeltlich eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe. Halle-Beilage gehalten.
Verantwortl. für die Schriftleitung: Dr.
von der Hagen-Abteilung Nr. 1142,
der Zeitung-Abteilung Nr. 11337
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Zeitung

Dreihundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Bezugspreis
wöchentlich 75 Pfennig, 30 Pfennig. Kolon-
nellen oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unseren Annahmeh-
stellen u. allen Postämtern schriftlich
angemeldet. Bestellungen bis 24 Uhr
des Tages. 1.25 Mk. Anzeigen-
annahmestellen vorm. 11 Uhr,
für die Sonntags-Beilage, abends
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
täglich 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leitung u. Geschäftsstelle in Halle,
Halle-Beilage in Dr. von der Hagen-
Abteilung Nr. 1142 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 235.

Halle, Mittwoch, den 21. Mai.

1919.

Die Politik der Drohungen.

Die Zwangsmaßnahmen der Entente.

Einschüchterung der Neutralen.
Hamburg, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus London: Das dänische Regierungsblatt „Politiken“ meldet heute amtlich, daß in diesen Tagen Mitteilungen von der Friedenskonferenz in Paris an Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, die Schweiz, Spanien und die anderen neutralen Länder ergangen seien, worin die Mächte der Entente ergriffen werden, die die alliierten und assoziierten Mächte ergriffen wollen, im Falle die Deutschen den Friedensvertrag nicht unterzeichnen. Die Blockade gegenüber Deutschland soll in einer bedeutend schärferen Form, als sie jemals während des Krieges existiert habe, aufs neue verhängt werden. Die Alliierten wollen erlauben, daß die neutralen Länder wie bisher von den Entente-Ländern importieren. Dagegen verlangt die Entente, daß die Neutralen sofort ihren Handel nach Deutschland einstellen, sowohl Ausfuhr wie Einfuhr. Sollten sich die Neutralen dieser Forderung widersetzen, würden sie bezüglich ihrer Einfuhr sofort auf beschränkte Nationen gesetzt werden. Es wurde mitgeteilt, daß die assoziierten Mächte, darunter auch Amerika, sich vollkommen einig sind in dieser Politik, die nach Ansicht der Friedenskonferenz die einzige sei, die Deutschland zur Annahme der Friedensbedingungen bewegen könne.

Die „ungewisse“ Haltung Deutschlands.

WTB. London, 20. Mai. (Drahtnachricht.) (Reuter.) Das Kriegsamt teilt mit, daß es dem General Vershing in Anbetracht der ungewissen Haltung Deutschlands in der Frage der Friedensbedingungen und der sich daraus ergebenden militärischen Lage augenblicklich nicht möglich ist, Frankreich zu verlassen, und daher kein Londoner Versuch auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

Pariser Hoffnungen.

Haag, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Es ist anzunehmen, daß die Haltung Brockdorff-Rangas auf die Dauer zu seinem Rücktritt führen könnte, da die alliierten Regierungen fest entschlossen sind, keine größeren Forderungen der Friedensbedingungen zu gestatten. In diesem Falle würde die Regierung Scheidemann neue Delegierte zur Unterzeichnung entsenden.

Konferenz mit Entente-Pressvertretern.

Kattowitz, 20. Mai. Die Pressestelle des Staatskommissars für Oberschlesien meldet: Aus Anlaß der Annäherung der englischen und amerikanischen Pressvertreter hat am Montag unter Führung des Staatskommissars für Oberschlesien eine Konferenz mit diesen Pressvertretern stattgefunden. In ergebiger Aussprache stellte man sich einmütig auf den Standpunkt, daß Oberschlesien nicht in die politische Anklammerung gelassen werden dürfe. Von der unabwäglichen Sozialdemokratie, deren Führer, Rechtsanwalt Hagenstein-Hindenburg, an der Konferenz teilnahm, bis zu den Vertretern der Großindustrie gab es nur eine Meinung: Oberschlesien muß bei Deutschland bleiben. Ganz besonders hervorhebend waren die Ausführungen der polnischen Arbeiter, daß sie bei Deutschland bleiben wollen. Drogen ihnen doch bei dem Anblick an Polen schwere wirtschaftliche und kulturelle Rückschlüsse. Am Nachmittag unternahm die Pressvertreter eine Reise durch den gesamten Industriebezirk.

bleibt Oberschlesien deutsch?

Kattowitz, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Zwischen den hier weilenden Mitgliedern der Entente-Kommmission und dem Vertreter in Versailles fand ein Telesprachgespräch statt, aus dem hervorging, daß die Entente nicht abgesehen ist, auf die Wiedereingliederung Oberschlesiens an Polen zu verzichten.

Neutrale Zone in Norddeutschland?

Berlin, 20. Mai. Der „Tempo“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Außer den Vorschriften, die über Schleswig bereits veröffentlicht worden sind, glauben wir zu wissen, daß der Vertrag noch die Schaffung einer neutralen Zone vorsieht, die sich von nördlich Helsingör bis südlich Hamburg und von Dänemark bis Westen in einer Linie erstreckt, die von Sletting bis westlich Hamburg reicht. In dieser ganzen Zone muß ein deutsches Land angeordnet werden, welches

den geschaffen lassen, wie sie auf dem linken Rheinufer zu beschaffen sind. Es darf weder Festungen errichten, noch Garnisonen halten. Aus dieser Klausel geht auch hervor, daß die Häfen von Sletting und Hamburg beide in diese neutrale Zone einbezogen sind.

Belgischen Forderungen.

Berlins, 20. Mai. „Echo de Paris“ meldet, daß der fünfte Teil gehen die belgischen Forderungen wegen Wiederherstellung des Vertrages von 1839 erörtert hat. Jemand legte den belgischen Standpunkt und die territorialen Forderungen dar und erzwangte an die Rechte, die Belgien im Kriege aus den ungenutzten Garantien des Vertrages von 1839 erwachsen waren. Mehrmals hätten die Deutschen die Grenze von Hollandisch-Nimburg überschritten. Andererseits werde Belgien ein wirtschaftlich unabhängiges Land sein. Belgien hat die Unterfertigung der Alliierten damit zurück abgeschlagen. Der holländische Minister des Auswärtigen von Karnebelt erwiderte, Belgien werde Holland geneigt finden, ihm die Erfüllung seiner Wünsche zu erleichtern, namentlich soweit sie die Selbstbestimmung betreffen. Jedoch sei man im Dange der Gefahr, daß nicht wenig die Rede sein über holländische Bevölkerung, deren Konflikt sich nützlich ausdrückend behandle, unter fremde Herrschaft kommen zu lassen. Die Lösung der von Belgien aufgestellten Probleme müsse somit außerordentlich jeder territorialen Änderung geschieht und gebunden werden. Belgien und Holland hätten gemeinlich die Interessen der Alliierten zu vertreten. Die Lösung liege sich am besten in direkter Verhandlung finden. Man nehme hervor, die Erklärungen von Karnebelt seien in sehr verständlichen, aber gleichzeitig entschiedenem Tone gehalten gewesen.

Amerika will alle deutschen Schiffe behalten.

WTB. Versailles, 20. Mai. (Drahtnachricht.) Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ erzählt: Die Vereinigten Staaten werden die in amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe mit 700 000 Tonnen trotz des Protestes Englands behalten. Die Vereinigten Staaten wollen die deutschen Schiffe nicht nach Maßgabe des verletzten Schiffsraumes unter die alliierten Flaggen verleiern lassen, da sonst England und den Rest von Europa hätte. „Chicago Tribune“ will ferner wissen, die Flottenfrage sei durch die Internationalisierung der Stadt auf eine gewisse Anzahl von Jahren und durch die Garantie, daß alle Staaten bestrebt des Hafens von Rime gleichberechtigt sind, gelöst worden. Ein fünfjähriger Ausschuss der Liga der Nationen soll die Stadt und den Hafen verwalten. Das Blatt erklärt: Die Lösung der Flottenfrage sei eine große Sorge Wilsons. Die übrigen Pariser Blätter wissen von dieser Lösung nichts zu berichten, nur daß die Verhandlungen getrennt fortwähren, ohne zu einem Ergebnis zu führen.

Austausch der Beglaubigungsschreiben.

Saint-Germain, 20. Mai. Reuter. Der Austausch der Beglaubigungsschreiben zwischen den österröschischen Delegierten und der internationalen Kommission hat heute stattgefunden. Er dauerte nur fünf Minuten.

Englischer Protest gegen die Hungerblockade.

Amsterdam, 20. Mai. Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus London: Das gestern in der Albert Hall eine große von der Gesellschaft zur Bekämpfung des Hungers einberufene Protestversammlung gegen die Seeblockade Deutschlands, durch die Hunderttausende von Frauen und Kindern ums Leben gekommen sind, stattgefunden hat. Der Vorsitzende, Lord Dartmouth, erklärte in seiner Rede, daß der Friede ein Friede des Wohlwollens und der Verschönerung sein müsse. Robert Smirk sprach ebenfalls und unterbreitete einen Antrag, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, Hilfe zu leisten, um die schreckliche Hungersnot in den notleidenden Gebieten zu beseitigen. Karl Beauchamp unterbreitete einen Antrag, in dem die Aufhebung aller Sanktionen, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmen, und die Politik des gleichberechtigten Handels zwischen allen Völkern gefordert wird.

Vormarsch der Entente gegen Sudapest.

Wien, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der Vormarsch der Entente gegen Budapest, die unter der Leitung des Generals Franchet begonnen hat, geht glatt vonstatten. General Franchet glaubt spätestens am Mittwoch in Budapest zu sein.

Straßenkämpfe in Konstantinopel.

Wien, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die Bulgaren „Dagla“ meldet: In Konstantinopel kam es wegen des ungewissen Schicksals in Bezug auf die Aufteilungspläne der Entente zu blutigen Straßenkämpfen zwischen Wohamehdanern und Europäern. Auf beiden Seiten gab es viele Tote und Verwundete. Später wurden die Geschützschiffe der Europäer gesunken.

Ledebour vor dem Richter!

Das Tribunal wird zur politischen Szene
er. Berlin, 20. Mai 1919.

Es ist ein Zufall, aber fast glücklicher, daß zu den vielfachen Sorgen nach dem Diebstahlprozess nun auch die politischen Erregungen des Ledebour-Gerichtsterfahrens treten. Aber die Justiz geht auch in der Republik ihrer schmerzlichen Gang. Die Verhandlung gegen Georg Ledebour wurde jetzt fällig, nachdem der Angeklagte vier Monate lang in Unterjochhaft gesessen. Der Prozess wurde nachträglich zusammengeloppelt mit dem Verfahren gegen Ernst Däumig. Dieser neuerdings so bekannt gewordene Rätepublikaner ist zum Gerichtstermin nicht erschienen. Da er alles andere als ein Drücker ist, darf man ihm glauben, daß er die Grippe und 40 Grad Fieber hat. Der alte Ledebour muß also zunächst allein mit der Anklage fertig werden. Er sieht als Anführer, Rädelstührer und Sprengstoffverbreiter vor den Schranken. Man hat herausgefunden, was juristisch greifbar ist. Vorräthlich sind Ledebours Daten während der Berliner Spartakuswoche weit schwerer zu bewerten. Die vielen Toten der Januar-Anschläge sind seine Opfer. Er war neben Cichorn und Diebmecht der dritte Mann im Spartakustriumvirat, auch wenn er sich noch nie sehr dagegen sträubt, als Spartakist angesprochen zu werden. Die Anklage gegen Ledebour, ein Attentat von 42 Seiten, hat sich auf das bekannte Schriftstück des Renovationsschusses vom 5. Januar 1919 auf, das aber Ledebour selbst nicht unterschrieben hat. Ledebour unterschreibt auf jenes Schriftstück (siehe bekanntlich Dr. Karl Diebmecht in Vertretung Ledebours. Das hätte einem „Meichen Verbrecher“, wie Nietzsche sagen würde, einem Feigling gegenüber zu seine Schwierigkeiten. Diebmecht ist tot und stumm. Ledebour braucht seine Unterschrift nicht anzuerkennen. Aber er tut es doch und scheint sehr stolz darauf zu sein. Er ist das äußerste Gegenteil eines reinen Sünders. Er verteidigt sich nicht. Er hat in der Voruntersuchung jede Erklärung zur Sache abgelehnt. Er verlangt als Mitschuldig des Volksgroßrates die volle Immunität, die er in kaiserlichen Zeiten als Reichstagsabgeordneter genoss. Ein tüches Begreifen ohne staatsrechtliche Unterlage, und man hat ihm auch nicht stattgegeben. Aber Ledebour mit seiner bewegten kriminalistischen Vergangenheit ist unerschütterlich an prozeduralen Waffen. Er dreht den Kopf der Anklage um und droht mit politischen Gestaltungen, wodurch bewiesen ist, wie herabwürdig es war, alle Eingänge des Gerichtsgebäudes mit fröhlichen Regierungssoldaten zu besetzen und auch im Innern ein Maßnahmegerichtsdirektor zu postieren. Ledebour erklärt, er lasse sich jetzt durch niemanden, auch durch den tranen Däumig nicht, daran hindern, mit der Regierung Scheidemann abzurechnen. Diese Regierung habe die Renovation versucht, eine Gemwärtigkeit aufgebracht, das Land in Schande gebracht, und sie sei jetzt drauf und dran, uns noch tiefer in das Unglück hineinzuführen. Man kann sich denken, was Herr Ledebour nach solchen einleitenden Worten und nachdem er den Staatsanwalt beinahe einem dummen Jungen genannt hat — er wirft ihm „nicht allzu große Lebenserfahrung“ vor — noch für schöne Dinge auf der Pflanze hat. Er will das Gerichtstriumvirat zur Szene, zum Tummelplatz politischer Leidenschaftlichen machen. Er will die heutige Regierung, die gerade unter furchtbarer, schier übermenschenhaft gehender Verantwortung das Schicksal des deutschen Volkes entscheidet, an den Pranger stellen, vor dem Zivil- und Ausland lächerlich machen und die von ihm schon bisher verwürten Massen vom Feinsten des Gerichtssaales aus von neuem aufheizen. Ein gefährliches, ein geradezu freudhaftes Spiel. Gibt es dagegen kein Mittel? Keine Rettung? Die Aufsichtspolizei des Gerichtsvorherganges ist der rabiaten Taktik dieses gerillenen Parlamentarieres vielleicht nicht immer gewachsen. Es sind noch mehrfach Stimmen laut geworden, Herr Ledebour durch mehrere Verzte auf seinen Krenenzustand zu unterjochen. Eine Lieberzeugung wurde man sicher feststellen und danach helfen sich ja allerhand Maßnahmen treffen. Aber dieser Weg ist bei politischem Prozess gefährlich. Der Untersuchungs wird leicht zum Märtyrer. Seine Anhänger glauben natürlich die Abnormität ihres Prophezen nicht, auch wenn sich die Sachverständigen größter Unparteilichkeit befleißigen. Und überdies ist der 69jährige Ledebour wirklich bei aller Schwarzgalligkeit und allem Janatismus kein alter Geistes gewesen. Er sieht trotz der Untersuchungsfrist frischer und besser genährt aus wie seine Richter. Man komme also lieber nicht mit der beherrschenden Anweisung seiner geistigen Gesundheit. Man muß ihn offen und ehrlich bekämpfen. Auch die Verteidiger könnten mannes tun, um den Brand des Prozesses mit dem türkischen Feuer zu beschleunigen. Wer

Im folgenden Augenblick tritt die innerpolitischen Zustände neu zu entfalten, ein Teil des deutschen Vaterlandes und seine Zugehörigkeit zu radikalen Richtungen entschuldig ist.

Lebedow-Prozess.

Berlin, 20. Mai. Im Lebedow-Prozess nahm der Angeklagte, der im Vorberichten jede Ausprägung zur Sache verweigert hatte, das Wort zu mehrstündigen Darlegungen und führte aus, daß nach Vorbeschwerden der revolutionäre Zustand am 4. November hätte einbrechen sollen. Die Sache müßte aber vertagt werden, weil einige Angehörte für die Vertagung eintraten. Das war ein scharfer Fehler. Die endgültige Entscheidung in Berlin sollte dem 4. November fallen. Da aber eine größere Anzahl von Personen von der Partei zum Losgehen unterrichtet war und die Regierung Spitzel hatte, hätten Verhandlungen begonnen. Der Angeklagte bekundete dann Ehrt, Scheidemann und Gessenlos, daß sie ein Doppeltspiel treiben. Sie hätten eben unter allen Umständen dabei sein wollen, wenn es an die Verteilung der Partei ginge. Sie hätten deshalb das Angebot, mit den Unabhängigen eine neue Regierung zu bilden, abgelehnt. Als er dann am 4. November nach Ausdruck der Revolution vor dem Schloß revolutionäre Ansprachen gehalten habe, habe Scheidemann scheinbar vor dem Reichstag die Republik proklamiert. Im Laufe der nachfolgenden gegen Scheidemann gerichteten Ausführungen wird der Angeklagte vom Vorwissen wiederholt erfaßt, sich in den Ausdrücken zu möglich. Wenn die Revolution möglich wäre, so würde er jetzt neben Ehrt und Scheidemann auf der Anklagebank sitzen, um so mehr als die beiden Herren als Minister an der Revolution gegen eine Regierung teilgenommen, der sie selbst angehört. Der Angeklagte behauptet, sobald eingehend die weitere Entwicklung der Dinge.

Nach der Mittagspause entspann sich ein Wortgefecht zwischen Rechtsanwalt Theodor Diebstadt und Staatsanwalt Humboldt. Der Angeklagte legte dann seine Ausführungen fort. Alles, was gegen Eichhorn gesagt worden sei, sei nicht zutreffend. Die Arbeiterpartei habe angefangen der planmäßigen Angriffe der Regierung gegen sie zu Taten gedient. Das er bezeugen habe, sei eine rein politische Aktion gewesen. Er übernehme auch heute noch die volle Verantwortung für das, was er dabei getan habe. Die Berliner Arbeiterpartei habe die verheerliche Regierung Ehrt-Scheidemann lothselig als möglich beiseite gelassen. Der Vorrede rügte die Art des Angeklagten, überlaut und zu den Zuhörern gewandt zu sprechen und dabei zum Sturz der Regierung aufzufordern. Der Angeklagte behauptete, er sei kein Redeführer gewesen, sondern habe oft eine vermittelnde Tätigkeit entfaltet. Die Vorgesänge bei seiner Verhaftung seien unangehörig gewesen. Es lägen Tadeln vor, daß die Absicht bestanden habe, es mit ihm wie mit Rosa Luxemburg zu machen. Er läßt dann, daß er gefasste, sich ein Verdict im die deutsche Arbeiterpartei und das deutsche Volk erworben zu haben. Die Verhandlung wurde sodann auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Erfolg der nationalistischen Bewegung in Ägypten

Kairo, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Corriere della Sera“ veröffentlicht einen über Tripolis eingetroffenen ausführlichen Bericht über die Ereignisse in Ägypten. Danach ist die Ende April eingetretene Ruhe nur scheinbar und wurde erreicht durch den Einmarsch der englischen Regierung, die verhaftete und nach Malta gebracht Führer der Nationalisten in Freiheit zu setzen und einer Abordnung unter dem Vorsitz von Jaghal Pascha die Reise nach Paris zu ermöglichen, wo er bereit sein soll, England mit größter Mühe wieder anzunehmen, falls die Delegation ihr Ziel nicht erreichen sollte. Zugleich bemerkt der politische und ökonomische Widerstand fort.

Die Freilassung der nationalistischen Führer wurde, wie der „Corriere della Sera“ weiter berichtet, in ganz Ägypten mit unbeschreiblichem Jubel als ein Sieg über die englische Unterdrückung gefeiert. Eine weitere Stärkung hat die Bewegung

Das Rosenhaus.

Roman von Felix Hausser.

62. Fortsetzung

Handdruck verboten.

Sie überlegte, ob sie dem Dänische Thomas' Folge leisten solle und erwiderte sich beide zu beiden. „Geht nur und bezieht, ich habe keine Zeit.“

Fünf Minuten später waren die beiden Abgehenden wieder da. „Der Mann im Hemd läßt sich noch mal anschauen. Hat einen Augenblick, es dauert nicht lange. Dann kannst du wieder gehen.“ Sie zauderte. Da erschien Thomas schon selbst. „Bitte Rose, sei so gut! Ich möchte dich Herrn Otto Schmidt vorstellen.“

„Ja, weshalb denn, Thomas? Wer ist denn das, dieser Herr Schmidt?“ Eine leise Falte des Umwelts stand im energischen Trobe über der Rosenwurzel.

„Ein Fremder, der sich hier die Umgebung von Bebenbrunn anschauen will.“

„Und diesen wildfremden Menschen willst du mich vorstellen? Das ist ja dummes Zeug, Thomas.“

„Wenn ich etwas tue, so ist es niemals das, was du sagst, Rose.“

„Sie drehte ihn den Rücken zu.“

„Gut“, sagte Thomas und entfernte sich. „Es wird auch anders gehen.“

Er führte nach kurzer Zeit Otto Schmidt in das Haus und trat mit ihm in dem Augenblick in den Fluß, als Rosemarie beachtete, das Haus zu verlassen, da sie geahnt hatte, was Thomas tun würde.

Sie prüfte ihn an. Eine heiße Röte des Jorns verflachte ihr Gesicht. Sie sah in ihrer Empörung eine Vermittlung allerlei aus. Volk heimliche Bewunderung rühmte Otto Schmidt's Bild auf dem zeitlichen Wachsenantritt.

„So“, sagte Thomas gemächlich. „Kann kommen wie ich zum Ziel...“

„Was, Herr Schmidt, dies ist meine Base Rose Beerbach, meine zukünftige Frau.“

„Das fällt dir ein!“ entgegnete Rosemarie, ihr hart schneidend. „Wie darfst du es wagen, dies zu sagen?“

Thomas schien für Augenblicke verblüfft. Er sah mit einer Art Hilflosigkeit in Otto Schmidt's Gesicht, das den Ausdruck peinlicher Bestürzung trug. Denn der Mitzel-

durch die mit rasender Schneelähle verbreitete Nachricht vom Zustand in Anden erlösen. Zugewiesen hat die Bewegung auch auf Paris hin, besonders nach Paris, die es gilt zu tun. Die Handlungsweise der Nationalen ist eine Anerkennung der von Jaghal Pascha geleiteten Delegation als offizielle Vertretung des ägyptischen Volkes, Abfassung des englischen Protektorats, Zurückziehung der englischen Truppen und ihr Ersatz durch ägyptische Truppen, Rücktritt des Ministeriums Jaghal Pascha. Dieser ist bereits erfolgt. Die Nachrichten aus Oberägypten und dem Sudan sind nur spärlich auf dem Wege über Suez zu erhalten.

Kampf zwischen Marokkanern und Spaniern.

Berlins, 20. Mai. „Journal“ meldet aus Tanger, daß am 14. Mai südlich von Anzoras ein Kampf zwischen Marokkanern und Spaniern stattgefunden hat, bei dem 85 Spanier getötet und zahlreiche verwundet wurden.

Judenverfolgungen in Prag.

Wien, 20. Mai. Das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Büro meldet aus Prag: In der Vorstadt Karolinenthal, wo Sonntag der jüdische Kaufmann Klinger und seine Frau von der Menge getötet wurden, kam es gestern neuerlich zu antisemitischen Kundgebungen, die von mehreren Kaufleuten wurden gesteuert, ihre Geschäfte zu schließen.

Hoover in Deutschböhmen.

Prag, 20. Mai. Wie das „Prager Tagblatt“ meldet, beschloß eine Abordnung der Kommission des Lebensmittelkommissars Hoover die Bezirke Gerasitz, Krasna, Eger und Witz, die um Hilfe für ihre Kinder gebeten hatten. Die Kommission war vom Hungerleid, daß sie sah, erschüttert.

Pölnischer Heresbericht.

Warschau, 20. Mai. Pölnische Telegraphen-Agentur. Heresbericht. Galizische Front. In der Nacht auf den 19. Mai eroberten pölnische Truppen Borsawa und Drohobycz. Borsawa ist unbesetzt. Andere Abteilungen eroberten mehrere Wlaskaw (südlich Lemberg) und erzwangen den Abzug über die Dniester-Brücke bei Kosmodom. Die Heresströfe, sowie die Eisenbahnlinie Lemberg-Wlaskaw ist gänzlich in unserm Besitz. Der Feind zieht in Ueberflurung.

Der Streik in Oberschlesien erloschen.

Kattowitz, 20. Mai. Wie die „Tagesblätter“ melden, ist der Streik in ober-schlesischen Grubenbezirk bis auf die Emmaube erloschen.

Protectorversammlung in Königsberg.

Königsberg (Ostpr.), 20. Mai. Anläßlich der Anwesenheit der Minister Dittich, Heine und Braun fand gestern abend in der Börse eine große politische Versammlung statt, in der die Minister, oft noch lebhaftig die Politik unterzogen, die dem Entwurf der Regierung gegenüber den schändlichen Friedensbedingungen der Entente, namentlich auch in ihrer Durchführung auf Ostpreußen, darlegten und einen klaren den Anlauf an alle Parteien und Volksschichten richteten, in dieser schweren Zeit des Vaterlandes alles Trennende beiseite zu lassen und feste Entschlossenheit und Einigkeit zu bewahren. Die Regierung, so führte Ministerpräsident Dittich aus, hat den Vertrag in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet, und es ist ihr damit vollkommen. Sie sieht auf dem Standpunkt, daß der Friede nur geschlossen werden kann auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. Unter der Voraussetzung, die dieser Vertrag mit sich bringen würde, würden am meisten die deutschen Arbeiter zu leiden haben. Ganz besonders würde Ostpreußen zu leiden haben, wenn der Friede unter den Bedingungen der Entente zustande käme. Ob wir Verhandlungen mit der Entente erlösen werden, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Aber erreichen werden wir unser Ziel nur dann, wenn die Entente sieht, daß hinter der Regierung das deutsche Volk geschlossen ohne Unterschied der Parteien und der religiösen Zugehörigkeit steht. Dann wird auch die Stunde kommen, wo Deutschland aus dieser Schmach zu neuer Ehre

emporklimmt. Minister Heine führte aus: „Unser Volk ist getrotzt, mag die vorige Regierung auch noch so viele Fehler gemacht haben, sie war gerecht, solange wir nur abwarten und unser Volkstum schützen mußten vor der Uebergriff der umringenden Feinde. In keinem Teil unseres Vaterlandes weith man das besser, als in Ostpreußen. Als unser Heer zusammengebrochen war, weil ihm Unmenschliches zugemutet wurde, da setzten wir Teile des Volkes ihre Hoffnung auf die Gerechtigkeit, die aus dem Munde Wilsons rief. Brausam war das Erwachen aus diesem Traum. Jetzt, in der größten Not des Vaterlandes, müßten wir einwenden, daß uns nur Gerechtigkeit und der Glaube an uns selbst helfen kann. Die Entente soll uns retten und die Arbeit. Aber kein Volk steht zurückhilt von der Arbeit, der Arbeit unter. Minister Braun erläuterte die verschiedenen wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages für unser Volk. Die Fortsetzung und Verhängung der Hungerblöcke während des Waffenstillstandes wird ewig als Schandmal während der Entente bleiben. Was uns jetzt im Friedensvertrag zugemutet wird, bedeutet noch eine Steigerung, es bedeutet dauerndes Siedeln. Wir müssen den Vertrag ablehnen, wenn er nicht wesentlich umgestaltet wird. Die Forderungen können wir aber nur auf uns nehmen, wenn alle Volksteile herbeizind, alle zusammenstehen, einheitliche Wille aus alle heraussprechen. Ostpreußen muß zeigen, daß der alte schlesische Spruch „Up ewig ungebeld“ gilt. Dann wird das gelungene Deutschland und Ostpreußen gegenüber Treue mit Treue vergelten.“

Die deutsch-demokratische, deutschnationale und deutsche Volkspartei gaben Erklärungen ab, in denen die bestimmte Erwartung zum Ausdruck kam, daß die Regierung gegenüber den unterzeichneten Forderungen der Entente festhalten und daß sie nicht dulden werde, daß Ostpreußen abgetrennt und zur Insel im politischen Meer erhalten werden. Unter allen Umständen müsse auch die deutsche Ehre gewahrt werden. Das Ansehen unsere deutschen Heerführer vor ein ausländisches Kriegsgericht zu stellen, bedeute eine injame Schmach. Aus allen Erklärungen ging der einmütige Wille hervor, in der Not des Vaterlandes fest zusammenzutreten. Zum Schluß erklärte Batock unter lebhaftem Beifall: „Wir Ostpreußen sind die letzten, die unsere Ehre und die Ehre Deutschlands preisgeben wollen. Auch die Auslieferung unserer früheren Kaiser und Königs wäre gegen die Ehre unseres Vaterlandes. Wir fühlen uns auf Gebeld und unsere Vaterlande. Wir fühlen uns auf Gebeld und unsere Vaterlande. Wir fühlen uns auf Gebeld und unsere Vaterlande. Wir fühlen uns auf Gebeld und unsere Vaterlande.“

Abwehrstreik in Königsberg.

Königsberg (Ostpr.), 20. Mai. Der Aktionsauschuß für den Abwehrstreik gibt bekannt, daß infolge des politischen Generalstreiks, den die Unabhängigen und Sozialisten begannen, alle hinter der Regierung stehenden Arbeiter im Interesse der Allgemeinheit zurücktreten. Beamte, Privatangestellte, Ärzte, Apotheker, Banken und Betriebe im Handel, Industrie und Gewerbe leisten sofort die Tätigkeit ein. Wie die Gasanstalt mitteilt, fließt die Gasabgabe nur bis Dienstag früh erfolgen.

Belagerungszustand über Westpreußen.

Berlin, 20. Mai. Wie die Abendblätter melden, ist über ganz Westpreußen vom preussischen Staatsministerum der Belagerungszustand durch Ausrufung der Artikel 5, 6, 27, 28 und 30 der Verfassung verkündigt worden.

Für Sekunden entstand eine peinliche Stille. Dann sagte Otto Schmidt, sich beknennend: „Eigentlich bin ich Ihrem Betrug dankbar, daß er mir die Gelegenheit gab, in dieses Haus zu kommen. Meine Absicht war es schon seit einigen Tagen, vorzutreten, um mich im Interesse eines Freundes danach zu erkundigen, ob das Haus des verstorbenen Herrn Matthias Brudmüller noch veräußert ist.“

Rosemarie fand ihre Unbefangenheit wieder. Sie amelte erwiderte auf: „Wenn ich Sie deswegen an meinen Vater weihen darf? Aber ich glaube, das Haus ist gänzlich unverkäuflich, da nur der eigentliche Erbe darüber zu verfügen hat.“

„Und wer ist dies, wenn ich fragen darf?“

Der Sohn des Verstorbenen. Aber er ist seit Jahren verstorben.“

„So, verstorben?“ wiederholte Otto Schmidt und blickte augenblicklich durch die geöffnete Haustür in den Vorgarten.

„Über vielleicht sprechen Sie trotzdem mit meinem Vater?“ fragte Rosemarie. Sie glaubte eine eigenartige Bemerkung in ihrem Halse zu verspüren, die haltend vom Herzen hochgefliegen war. Die bestimmende Sorge, daß der vor ihr Lebende sich entfernen könne, plötzlich, ohne längere Unterbrechung.“

„Es möchte ich sein, daß er noch bleiben möchte? Was konnte sie denn veranlassen, diesen Wunsch zu empfinden?“

Nach ehe sie zu einer Klarheit über das sie Bewegende kam, sagte der Jaudernde: „Ich möchte Ihren Herrn Vater nicht hören, Krümel Beerbach.“

„D. Sie würden das keineswegs tun. Er könnte Ihnen genau Auskunft geben, ob der Verkauf möglichst früh zünfe.“

„Sie sind sehr lebenswürdig. Aber ich danke, es ist so sehr müde. Ich hatte mich noch einige Tage in Bebenbrunn auf. Vielleicht komme ich morgen herüber. Wollen Sie mich, bitte, veranlassen, Herrn Vater empfinden?“

„So ging er doch.“ Er ging und kam vielleicht nicht wieder. Ein eigenes Gähnen war in Rosemarie's Sinn als sie dieser Möglichkeit nachging, während sie Otto Schmidt bis zum Worte des Borgartens begleitete, um dort noch eine kurze Zeit ihm nachsehen, stehen zu bleiben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Pfalz soll deutsch bleiben.

Wien, 20. Mai. In der Versammlung in Speyer, in der die Schaffung eines selbständigen Reichsstaats und die Zustimmung aller Kreise der Bevölkerung angeklagt wurde...

Abschluss eines Reichsstaatsvertrages für die Versicherungsangelegenheiten.

Berlin, 20. Mai. Zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen und dem Verband der Arbeitgeber des Reichsstaats...

Zur Flucht des Oberleutnants Vogel.

Wien, 20. Mai. (Nachricht.) Der Abg. Dr. Wagner geht mit der Flucht des Oberleutnants Vogel mit, dass er am 14. Mai das Kriegsministerium...

Eine diplomatische Vertretung von Liechtenstein.

Wien, 20. Mai. Wie wir erfahren, hat der regierende Fürst von Liechtenstein eine diplomatische Vertretung bei der deutsch-österreichischen Republik errichtet.

Strafverfolgung König Konstantins.

Berlin, 20. Mai. Der „Vol-Anz.“ meldet: Auf Antrag von Venizelos beschloss die Konferenz in Paris, die Strafverfolgung des früheren griechischen Königs Konstantin durch den ältesten Gerichtshof herbeizuführen.

Deutsches Reich.

Vorbereitungen zum Reichsarbeitsgesetz.

In einer Besprechung mit Vertretern von Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, am 19. Mai unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer stattfand...

Halle und Umgebung.

Korbmacher-Verbandsrat.

Der Bund deutscher Korbmacher-Vereine, Berlin und des Verbandes selbständiger Korbmacher Deutschlands, Weislag, tagen seit gestern hier im Hotel...

Der Halle'sche Beamtenauschuss.

Siebt am Donnerstag, eine Vertreterversammlung ab, die auf Bescheid war. Der Vorsitzende sollte mit, dass der Verein der Handlungslehrlinge...

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Berlin, 20. Mai. Vermittlungs-Bericht der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie, 15 000 000 Mk. auf Nr. 18 788, 10 000 000 Mk. auf Nr. 38 446...

Provincial-Nachrichten.

W. Eilenach, 20. Mai. (Verbotstelegramm.) In Eilenach hat heute nacht eine Gruppe von Sozialisten den Güterbahnhof durch Mineureifer in Brand geschossen...

Wannheim. Es besteht Angst, die Gärten von Wannheim am Rhein zu wahren, die gelegentlich der Besuche der letzten Nacht entzündet, sind unbeschädigt.

Was dem Gesellfelle, 20. Mai. (Keine Namen nenne.)

Während im vergangenen Jahre unsere Döbeline in den Gärten, Wäldern und an den Straßen immer unseren Waldbäumen anbedeutend unter der Hand in den Gärten...

Was dem Gesellfelle, 20. Mai. (Keine Namen nenne.)

Niederholländisch im Alter der vorangehenden Woche verbunden mit der warmen Witterung haben wir mit einem Ausbruch bei der Vegetation einwirkte...

Was dem Gesellfelle, 20. Mai. (Keine Namen nenne.)

Bei Untersuchungsarbeiten an der St. Georgs-Kapelle fand man drei Urnen mit Silbermünzen, die aufeinander aus dem 12. Jahrhundert stammen.

Was dem Gesellfelle, 20. Mai. (Keine Namen nenne.)

Ein Bauherr in Hagen erkrankte von einem Fremden am Renteer-Baustein in verschlossenen Häusern und zahlte dafür 4000 Mark in bar.

Was dem Gesellfelle, 20. Mai. (Keine Namen nenne.)

Im Waldern Thüringens können jetzt die Heidebesitzer, die der Brennerei nicht dankbar, wenn nicht alles richtig, weil es immer mehr als berichtigt der vorangehenden Woche...

Was dem Gesellfelle, 20. Mai. (Keine Namen nenne.)

15 Mann überließ des Reichs die Militärpolizei am Wälders-Baustein bei Hannover, nahm ihnen die Waffen ab und führte dann den Schuppen, in dem viele bunte Zentner Zucker lagerten.

Kunst und Wissenschaft.

Georg Rogler wurde bei einer Unternehmung der Regimentsstruppen in Bremen mit drei anderen Romantisten verhaftet. Georg Rogler ist als Maler und Bildhauer bekannt.

Vermishtes.

300 000 Mark Vohngelber von Baaditen erbeutet. Bei der Chauffee von Berlin (Dorschl) nach Hohensind wurde ein Wagen der kürzlich Donnerstagsmorgens in der Straße...

Den teuersten Schiffsbau, von dem die Landwirtschaft geachtet hat, kaufte Herr Dominicuspacher, Kaufmann vom Preise von 15 000 Mk. (Hänzelbräuerei) auf der diesjährigen Bod-Äuktion in Strolchele.

Abgehört. Nach einer Returnmeldung ist Major Wood, der in einem Flugzeug aufgehoben war, den Wäldern Oden zu überqueren, in den Frischen Kanal abgehört.

Das mit Maffi gedrehte Bomb. Eine Entdeckung der für Mütter, deren Babys nicht trinken wollen, von höchsten Welt sein soll, wird in der „Dain Rakt“ mitgeteilt.

Ein kleiner Junge von 2 1/2 Jahren konnte durch nichts dazu gebracht werden, die Pfände zu nehmen. Verschiedene Mütter wurden gefragt, die Richtung wurde gemeinlich, aber das Kind wollte nichts zu sich nehmen und mochte nur: und mehr ab. Da kam die Mutter auf eine gute Idee.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Wannheim an Saale am 20. Mai. (Eigene Stadtbericht der Saale-Zeitung.) 1. Preis von Großen Stern. (Schlingensprung, 1300 Meter, 5000 Mk.) 2. Preis (König). 3. Preis (König). 4. Preis (König).

